

„Ja“ zur Industrie viel wichtiger als „Jahr der Industrie“

- Minister Habecks Slogan muss langfristige politische Strategie folgen
- Mittelständische Unternehmen brauchen klares Bekenntnis zum Standort Deutschland
- „Aus Abhängigkeiten befreien wir uns nur mit funktionierenden Wertschöpfungsketten“

Düsseldorf/Hagen, 16. Jan. 2023. „2023 ist laut Minister Habeck das ‚Jahr der Industrie‘ – diesem Slogan muss ein ‚Ja‘ zur Industrie folgen. Mit klarem Bekenntnis zum industriellen Mittelstand, nicht nur zur Großindustrie“, so Holger Ade, Leiter Industrie- und Energiepolitik beim Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung (WSM). Der für den Industriestandort Deutschland „systemrelevante“ Mittelstand braucht zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen die gleiche politische Unterstützung wie die Konzernwelt.

Resilienz der Unternehmen stärken

Der WSM fordert eine langfristige strategische Industriepolitik statt kurzfristiger Kommunikation. Ein dauerhaftes „Ja“ zur Industrie, das den Mittelstand mitnimmt, würde die Wertschöpfungsstrukturen in Deutschland und Europa sichern. Und die Resilienz der Unternehmen stärken. „Wir erleben gerade, wie gefährlich Abhängigkeiten sind. Daraus befreien wir uns nur mit funktionierenden Wertschöpfungsketten. Und genau diese Ketten bildet der Mittelstand“, unterstreicht Ade.

Fokussierung auf Großindustrie zu kurz gedacht

Angesichts erster Programme, etwa der Klimaschutzverträge, befürchtet der Verband wiederum eine Fokussierung auf die Großindustrie oder einzelne Rohstoffbranchen. „Das ist zu kurz gedacht“, so WSM-Hauptgeschäftsführer Christian Vietmeyer. „Ohne standortnahe Strukturen riskieren auch Konzerne eine bedrohliche Abhängigkeit von unsicheren internationalen Anbietern.“

Jahr der Industrie nur Auftakt – Deindustrialisierung stoppen

Der für die gesamte Industrie „systemrelevante“ Mittelstand braucht zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen die gleiche Unterstützung wie die Konzernwelt: bei Transformation, CO₂-Neutralität, dem Fachkräftemangel aufgrund demografischer Entwicklungen etc. „Eine zukunftsorientierte langfristige Strategie hält diese Industrieunternehmen international wettbewerbsfähig. Und hält sie am Standort Deutschland“, bekräftigt Vietmeyer. Dafür muss die Politik zügig Kosten deckeln, die Energieversorgung bezahlbar sichern, Prozesse entbürokratisieren etc. Nur langfristig gedacht kann das Jahr der Industrie der Auftakt zum Stopp der Deindustrialisierung werden. Text 2.132 Z. inkl. Leerz.

WSM - Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V.
Uerdinger Straße 58-62, 40474 Düsseldorf
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Telefon +49 (0) 211 95 78 68 22, cvietmeyer@wsm-net.de
<http://www.wsm-net.de>
Pressekontakt:
Eva Machill-Linnenberg, mali pr
Telefon +49 (0)2331 46 30 78, wsm@mali-pr.de

BU	Foto Nr.	Foto
Der WSM (Foto Holger Ade, Leiter Industrie- und Energiepolitik beim WSM) fordert endlich ein klares Bekenntnis zum industriellen Mittelstand	21	
„Nur eine zukunftsorientierte langfristige Strategie hält mittelständische Industrieunternehmen international wettbewerbsfähig und am Standort Deutschland“, so WSM-Geschäftsführer Christian Vietmeyer	01	

Foto/s: Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung (WSM) – Abdruck honorarfrei – bitte nur mit Quellenangabe. Foto: Mourad ben Rhouma

Diese und weitere Pressemitteilungen + Fotos [hier](#) auch zum Download

Über den WSM:

Die Stahl und Metall verarbeitende Industrie in Deutschland, das sind: rund 5.000 vorwiegend familiengeführte Betriebe, die mit rund 500.000 Beschäftigten über 80 Milliarden Euro Umsatz im Jahr erwirtschaften. Die Unternehmen beschäftigen im Durchschnitt 100 Mitarbeiter und sind mit Abstand die wichtigsten Kunden der Stahlerzeuger.

Die Branche zeichnet sich durch hohe Spezialisierung und Wettbewerbsintensität aus. Die Unternehmen fertigen für die internationalen Märkte der Automobil-, Elektro- und Bauindustrie, den Maschinenbau und den Handel.

Der WSM ist Dachverband für 14 Fachverbände. Zusammen bündeln sie die Interessen einer der größten mittelständischen Branchen in Deutschland und sind Sprachrohr für deren wirtschaftspolitische Vertretung auf Länder-, Bundes- und europäischer Ebene. Sie suchen den Ausgleich mit marktmächtigen Abnehmern und Lieferanten aus Industrie und Handel. Und sie fordern bessere Rahmenbedingungen für Wachstum, Dynamik und Wettbewerb – ob bei Steuern, Abgaben, Recht, Forschung, Umwelt, Energie oder Technik.

Datenschutz und Abmeldung Pressemitteilungen

Das Thema Datenschutz ist hochaktuell und auch für uns von zentraler Bedeutung. Sie erhalten von uns regelmäßig Pressemitteilungen zu journalistisch relevanten Themen und Neuigkeiten. Die fortgesetzte Verwendung Ihrer E-Mail-Adresse zu diesem Zweck beruht auf unserem diesbezüglichen unternehmerischen Interesse und erfolgt auf Grundlage des Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO. Einer entsprechenden Verwendung Ihrer E-Mail-Adresse können Sie jederzeit widersprechen, hierfür genügt eine E-Mail an wsm@mali-pr.de oder ein Klick auf diesen [Link](#).

WSM - Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V.
 Uerdinger Straße 58-62, 40474 Düsseldorf
 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
 Telefon +49 (0) 211 95 78 68 22, cviemeyer@wsm-net.de
<http://www.wsm-net.de>
Pressekontakt:
 Eva Machill-Linnenberg, mali pr
 Telefon +49 (0)2331 46 30 78, wsm@mali-pr.de